

Christian Felber

Vom Bruttoinlandsprodukt zum Gemeinwohl-Produkt

*»All the energies of Government and business
must be directed to increase the national income.«*

Franklin D. Roosevelt, 1938

*»The Gross National Product measures everything
except that which makes life worthwhile.«*

Robert F. Kennedy, 1968

1. Ein Leitstern beginnt zu sinken

Was macht eine Gesellschaft, wenn sie bemerkt, dass sie sich auf dem falschen Pfad befindet? Sie kann weitergehen. Sie kann umkehren. Oder sie kann einen besseren Weg suchen. Thomas Kuhn hat das Phänomen einer kollektiven Kurskorrektur in den Naturwissenschaften als »Paradigmenwechsel« bezeichnet. So ein Paradigmenwechsel steht in der Wirtschaftswissenschaft an, oder er ist bereits im Gang. Innerhalb der Ökonomik war die Neoklassik in den vergangenen Jahrzehnten die bestimmende Schule. Sie kommt aus der Tradition, nur das mathematisch präzise Messbare – konkret Finanzkennzahlen – zu untersuchen und zu messen. Ihr hellster Leitstern war das Bruttoinlandsprodukt. Ein hohes BIP wurde gleichgesetzt mit hohem Wohlstand, ein höheres BIP mit Fortschritt und Verbesserung auf allen Ebenen.

Doch Zweifel reihte sich an Zweifel. Zuerst der ökologische: Kann es in einer biophysisch begrenzten Welt immerwährendes Wachstum geben? Kurzfristig gab die Entkoppelungsthese Anlass zu Hoffnung: Wenn die Wirtschaft ökologisch effizienter werde, könne der Ressourcenverbrauch trotz steigenden Wohlstands zurückgehen, war die Annahme. Empirische Untersuchungen belegten

diese seit mittlerweile 20 Jahren diskutierte These nicht, im Gegenteil: Das NOAA-Observatorium auf dem Mauna Loa in Hawaii meldete im Mai 2021 die höchste jemals gemessene CO₂-Konzentration. Sie betrug im Monatsdurchschnitt 419,13 ppm, gegenüber 417 ppm im Mai 2020.¹⁵² Der globale Ressourcenverbrauch hat sich seit 1970 sogar vervierfacht, das Wachstumstempo hat sich zwar vermindert, hält bis heute aber an. »At current trends, absolute decoupling is unlikely to occur over the next few decades«,¹⁵³ schreiben die Autorinnen und Autoren. Damit ist die Entkopplungsthese widerlegt, die daraus hervorgegangene Seifenblase vom »grünen Wachstum« zerplatzt. Die nächste Enttäuschung war, dass die Ungleichheit mit wachsendem Pro-Kopf-Einkommen zurückgehen würde. Auch diese Hoffnung bewahrheitete sich nicht. Während die Pandemie-Politik 160 Millionen Menschen, davon 100 Millionen Kinder, zusätzlich in Armut gestürzt hat, verdoppelte sich das Vermögen der zehn reichsten Menschen 2021.¹⁵⁴ Die dritte Illusion war das Glück. Der diesbezügliche *tipping point* wurde in den USA schon in den 1950er Jahren erreicht, seither geht es leicht bergab.¹⁵⁵ All das Wirtschaftswachstum seither machte die Menschen nicht glücklicher, sondern im Gegenteil: Mit wachsendem Reichtum nehmen Ängste, Leistungsdruck, Stress und Burnout zu. Verständlich, wenn mit immer weiter wachsendem BIP die Lebensgrundlagen zerstört werden, der soziale Zusammenhalt erodiert, das Vertrauen schwächer wird und sich seit 2010 auch die Demokratie auf dem Rückmarsch befindet. Laut Bericht des Instituts Varieties of Democracy an der Universität Göteborg ist die Zahl der liberalen Demokratien seit 2010 von 41 auf 32 zurückgegangen.¹⁵⁶ Sogar die Lebenserwartung begann in den USA 2015 zu sinken – für die gesamte Bevölkerung, während das BIP weiter wächst.

2. Wachstumskritik

Infolge dieser Dissoziationen – steigendes BIP, Absinken von Lebensqualität und Faktoren eines guten Lebens für alle – hat sich Wachstumskritik breit gemacht. Als bekanntester Startpunkt gilt der Bericht von Dennis und Donella Meadows an den Club of Rome *Die Grenzen des Wachstums* von 1972. Legendar wurde das Diktum von Kenneth Boulding ein Jahr später: »Anyone who believes exponential growth can go on forever in a finite world is either a madman or an economist.«¹⁵⁷ In der *scientific community* bildete sich die Theorieschule der *Ecological Economics*, in deren Umfeld die Postwachstumsbewegung

entstand. In Frankreich bildete sich die *Decroissance*-Bewegung, in Italien *Decrescita felice* und im deutschen Sprachraum die Postwachstumsökonomik sowie das zivilgesellschaftliche »Netzwerk Wachstumswende«. Zur vierten *Degrowth*-Konferenz in Leipzig 2014 – nach Paris, Barcelona und Venedig/Montreal – strömten bereits 3.000 Teilnehmer*innen; im September 2018 fand erstmals eine *Postgrowth Conference* im EU-Parlament in Brüssel statt. Überraschend vor diesem Hintergrund des langsamen »Ankommens« der Wachstumskritik ist die Tatsache, dass Robert F. Kennedy bereits in einer Wahlkampfrede an der Kansas State University im März 1968 geradezu luzide formuliert hatte:

»Das Bruttosozialprodukt beinhaltet Luftverschmutzung und Zigarettenwerbung sowie Krankenwagen, um unsere Autobahnen vom Massaker zu befreien. Es zählt Spezialeinheiten für unsere Türen und die Gefängnisse für die Menschen, die sie knacken. Es zählt die Zerstörung der Redwoods und den Verlust unserer Naturwunder durch unkontrollierte Zersiedelung. Es zählt Napalm und Atomsprengköpfe und gepanzerte Autos, damit die Polizei die Unruhen in unseren Städten bekämpfen kann. Es zählt Whitmans Gewehr und Specks Messer sowie die Fernsehsendungen, die Gewalt verherrlichen, um Spielzeug an unsere Kinder zu verkaufen. Doch das Bruttosozialprodukt berücksichtigt die Gesundheit unserer Kinder, die Qualität ihrer Ausbildung oder die Freude an ihrem Spiel nicht. Es umfasst nicht die Schönheit unserer Poesie oder die Stärke unserer Ehen, die Intelligenz unserer öffentlichen Debatten oder die Integrität unserer Beamten. Es misst weder unseren Witz noch unseren Mut, weder unsere Weisheit noch unser Lernen, weder unser Mitgefühl noch unsere Hingabe an unser Land. Kurz, es misst alles bis auf das, was das Leben lebenswert macht.«¹⁵⁸

Das war vor 54 Jahren. Die Frage ist, wie so eine Hellsicht mehr als ein halbes Jahrhundert lang ignoriert werden konnte. Vielleicht lag es daran, dass der Prophet noch im selben Jahr ermordet wurde. Nach Thomas Kuhn ließe sich erklären, dass die Normalwissenschaft (der Neoklassik) es sich eben erst rund um den lieb gewonnenen Leuchtturm BIP gemütlich gemacht hatte und nicht im Traum daran dachte, sich von einem Wahlkämpfer davon abbringen zu lassen. »Wenn du einmal begonnen hast, über Wirtschaftswachstum nachzudenken«, sagte der preisgekrönte Ökonom Robert Lucas einst, »ist es schwierig, über irgendetwas anderes nachzudenken.«¹⁵⁹ Wie kam es zu dieser Obsession?

3. Ein Kind des Kalten Krieges

Einen mildernden Umstand muss man dem BIP zugestehen: Die »wichtigste ökonomische Erfindung des 20. Jahrhunderts«¹⁶⁰ wurde ursprünglich nicht gemacht, um ökonomischen Erfolg zu messen. Die Entstehungsgeschichte ist eine ganz andere. In den 1930ern waren die USA schwer gezeichnet von der Großen Depression. 1939 lag das Ausmaß der Industrieproduktion unter dem Niveau von 1929, Massenarbeitslosigkeit und Resignation herrschten. Um die Wirtschaft durch gezielte Interventionen wieder hochfahren zu können, benötigte die Regierung genaue Daten zur Aufschlüsselung des Volkseinkommens. Auf Basis der Vorarbeiten von Simon Kuznets begann das Department of Commerce 1937 mit der Veröffentlichung von Einkommensberichten auf monatlicher Basis. Es gab noch einen zweiten Grund für den Bedarf nach einer volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung: der beginnende Zweite Weltkrieg. Die USA waren militärisch schwach, und die Gefahren drohten von »beiden Seiten«, wie Dirk Philipsen in seinem Buch *The little big number* nacherzählt.¹⁶¹ Sowohl japanische als auch deutsche Kriegsschiffe hätten jederzeit auftauchen können. Da wurde Präsident Roosevelt auf den Ökonomen Simon Kuznets aufmerksam, der sich erstmals die Mühe machte, das nationale Volkseinkommen nach Branchen zu berechnen. Es ergab sich die Frage, welchen Anteil man in die Rüstungsproduktion leiten konnte, ohne die restlichen Branchen zu gefährden oder Inflation auszulösen. Kuznets lieferte seine Empfehlung ab, die Rüstungsproduktion explodierte, und die Arbeitslosigkeit verschwand praktisch im Nu. Ein Großteil der Joblosen wechselte direkt in die Armee, und der Anteil der militärischen Beschaffung am BIP schoss von 1,6 Prozent 1940 auf sagenhafte 48 Prozent 1944. In weniger als drei Jahren wandelten sich die USA von einer unbedeutenden Militärmacht zum führenden Rüstungsproduzenten. John Kenneth Galbraith meinte: »Simon Kuznets und sein talentiertes Team waren gleich wertvoll wie mehrere Infanterie-Divisionen in ihrem Beitrag zur amerikanischen Kriegsmacht.« Paul Samuelson ging so weit, den Zweiten Weltkrieg als einen »Krieg der Ökonomen« zu bezeichnen.¹⁶²

4. Welches Wachstum wird gemessen?

Diese Entstehungsgeschichte zeigt, dass das BIP nie entwickelt wurde, um das Ziel wirtschaftlicher Aktivitäten zu erreichen. Doch was ist das Ziel des Wirtschaftens? »Wohlfahrt«, würden daraufhin viele Ökonomen antworten. Oder, nach Adam Smith, »Wohlstand«. Ja, und wie misst man Wohlfahrt und Wohl-

stand? Hier wird es ruhig. Das Ziel des Wirtschaftens ist genauso wenig definiert wie der Begriff »Wirtschaft« selbst. Damit kann man aber weder »Wirtschaftswachstum« messen noch wirtschaftlichen Erfolg. Alles, was bleibt, ist das BIP. Die Gleichsetzung von BIP-Wachstum mit Wirtschaftswachstum ist m. E. der größte ideologische Coup der Wirtschaftswissenschaft im 20. Jahrhundert. Dieser fiel die längste Zeit nicht auf, weil die Lehrbücher »Wirtschaft« gar nicht definierten, sondern nur Märkte mit monetären Transaktionen. Dazu passt das BIP tatsächlich. Das unvollständige Bild wird konsistent.

Wenn das BIP wächst, wächst der Geldwert (Tauschwert) von marktvermittelten Gütern und Dienstleistungen, sprich: die (Netto-)Summe ihrer Marktpreise. Nicht gemessen wird ihr Nutzwert, also ihre Funktion, realmenschliche Bedürfnisse zu befriedigen, zum Beispiel das Stillen von Hunger und Durst, die wärmende und schützende Wirkung von Kleidung oder die Lebensqualität, die von einer (eigenen) Wohnung ausgeht. Ebenfalls nicht gemessen wird der Nutzwert von Gütern und Dienstleistungen, materielle und immaterielle Werte, die *nicht* auf Märkten vermittelt werden: von der Muttermilch bis zur Blutspende, Geschenke, Nachbarschaftshilfe, Ehrenamt, Rettungseinsätze, Sozialdienste, Sicherheit, Verbundenheit, Solidarität.

Der springende Punkt ist: Für Menschen und die Befriedigung ihrer Grundbedürfnisse sind ausschließlich Nutzwerte wichtig, sie sind ergo Ziel und Definition des Wirtschaftens. Tauschwerte oder Preise befriedigen kein einziges Bedürfnis – sie sind nur der Versuch, Nutzwerte in eine einheitliche marktförmige Währung zu übersetzen. Der Glaube an das BIP beruht auf einem kolossalen Kurzschluss: Ihm wird die Eigenschaft zugeschrieben, die Summe aller Nutzwerte abzubilden, während es lediglich die Summe aller Tauschwerte beinhaltet. Dieser Kurzschluss bildet die Grundlage einer großen Illusion: nämlich, dass eine größere Summe verkaufter Güter und Dienstleistungen Menschen gesünder, glücklicher, zufriedener, friedlicher und gebildeter mache – in einer intakteren Umwelt, besseren Demokratie und ökologisch stabileren und friedlicheren Welt. Dieser Zusammenhang geht mit weiter wachsendem BIP immer mehr verloren, was inzwischen auch verstärkt gemessen wird. Der Glücksforscher Layard machte den Anfang für die USA und Großbritannien. In Luxemburg wurde der *Index of Well-being* (LIW) aus 62 Indikatoren zusammengesetzt und seit 2009 gemessen. Während das BIP zwischen 2009 und 2015 um 5,7 Prozent zunahm, nahm der LIW im gleichen Zeitraum um 0,8 Prozent ab.¹⁶³ Die Entkopplung, die es braucht, ist auch deshalb nicht die Entkopplung von BIP-Wachstum und Ressourcenver-

brauch, sondern die Entkoppelung von ökonomischer Erfolgsmessung und BIP. Das BIP ist eine interessante statistische Größe und eine wichtige Referenz für Staatsquote, öffentliche Verschuldung oder Geldmenge – aber aus dem Gebiet der ökonomischen Erfolgsmessung sollte es definitiv verbannt werden.

5. Es gibt viele Alternativen zum BIP!

Aufgrund der systematischen Mängel des BIP wurden seit den 1980er Jahren erste alternative, anfangs noch ergänzende Wohlfahrtsindizes entwickelt. Den vom Weltbank-Ökonom Herman Daly erstellte *Index of Sustainable Economic Welfare* (ISEW) beinhaltet neben dem Volkseinkommen auch die Lebenserwartung und Analphabetenrate. Großbritanniens ISEW begann bereits 1974 zu sinken.¹⁶⁴ In Deutschland wurde in den 1980ern über ein Ökosozialprodukt gesprochen und in den 1990ern vom Ökonomen Hans Diefenbacher der »Nationale Wohlfahrtsindex« entwickelt, der sich aus 20 Indikatoren zusammensetzt.¹⁶⁵ Später hat eine Enquete-Kommission des Bundestages »W3-Indikatoren« entwickelt, die ebenso wie die Vorgänger in der Schublade verschwanden. Etwas erfolgreicher war der *Better Life Index* der OECD, der 2011 vorgestellt wurde. Doch viele Mitgliedstaaten zogen erneut Eigenkompositionen vor, zum Beispiel Luxemburg oder Österreich mit dem Projekt »Wie geht's Österreich?«¹⁶⁶ Der französische Staatspräsident Sarkozy beauftragte 2008 die drei Ökonomen Joseph Stiglitz, Amartya Sen und Jean-Paul Fitoussi mit der Entwicklung einer Alternative zum BIP. In ihrem 2009 vorgestellten Endbericht hielt die Stiglitz-Sen-Fitoussi-Kommission fest, dass Lebensqualität die Bereiche materieller Lebensstandard, Gesundheit, Bildung, Aktivitäten einschließlich Arbeit, politische Mitbestimmung und Regierungsqualität, soziale Eingebundenheit und Beziehungen, Umweltstabilität und Sicherheit umfasst.¹⁶⁷

Der von Jeffrey Sachs, Richard Layard und John Helliwell konzipierte *World Happiness Report* (WHR) wird seit 2012 vom Sustainable Development Solutions Network der Vereinten Nationen unter dem Titel *Wellbeing and Happiness: Defining a New Economic Paradigm* herausgegeben. Den Vorsitz führten UN-Generalsekretär Ban Ki-moon und der Premierminister von Bhutan, Jigme Thinley. Der WHR misst sechs gewichtete Indikatoren: Einkommen, soziale Unterstützung, gesunde Lebenserwartung, Freiheit, Großzügigkeit und Vertrauen. Die Ergebnisse reichten 2018 von 7.632 Punkten (Finnland) bis 2.905 Punkten (Burundi). Neben Finnland befanden sich unter den ersten Fünf noch Norwegen, Dänemark, Island und die Schweiz.¹⁶⁸

Im ähnlich klingenden *Happy Planet Index* des Londoner Thinktanks New Economics Foundation gewann 2019 Costa Rica vor Vanuatu, Kolumbien und der Schweiz. Der HPI setzt sich aus vier Indikatoren zusammen: *Wellbeing* (nach der Gallup World Poll), Lebenserwartung (UN-Daten), Ungleichheit und ökologischer Fußabdruck.¹⁶⁹

Besonders charmant ist das »Bruttonationalglück« der Zwergstaats Bhutan. Dort wird kein komplexes mathematisches Modell erarbeitet, sondern es werden Tausende von Haushalten alle paar Jahre umfassend befragt, zum Beispiel:

- Wie sind Sie mit Ihrer Gesamtlebenssituation zufrieden?
- Wie glücklich sind Ihre Familienmitglieder?
- Vertrauen Sie Ihren Nachbarinnen und Nachbarn?
- Auf die Hilfe wie vieler Menschen in Ihrem Umfeld können Sie zählen?
- Haben Sie täglich Zeit zum Meditieren oder Beten?
- Wie sehr beeinträchtigt die Verschmutzung von Flüssen Ihr Leben?¹⁷⁰

Manche denken vielleicht immer noch: »Das Glück kann man nicht messen!« Doch mit 135 Fragen zu allen Aspekten von Lebensqualität – darunter Gesundheit, Zufriedenheit, Zeitverwendung, Vitalität der Gemeinschaft, ökologische Vielfalt, Spiritualität, Mitbestimmung oder gute Regierung – kann man sich dem »Glück« sehr viel weiter annähern als mit dem – monometrischen – BIP. Bhutan hat ein Evaluierungsinstrument (*screening tool*) entwickelt, das politische Maßnahmen auf ihre Auswirkungen auf das Bruttonationalglück prüft.¹⁷¹ Dieses Instrument wird für politische Entscheidungen jeder Art verwendet, ähnlich einer Verfassungskonformitäts-, Grundrechtsverträglichkeits-, Gender-Mainstreaming- oder Nachhaltigkeits-Prüfung für neue Gesetzesvorhaben. Es kam unter anderem zum Einsatz, als Bhutan vor der Frage stand, ob es der WTO beitreten solle. Vor dem Screening war die Mehrheit des Kabinetts für den Eintritt in die WTO, denn mehr Handel war für sie gleichbedeutend mit mehr Wachstum und Wohlstand. Dann allerdings kam das 360-Grad-Screening, das eine Schwächung des sozialen Zusammenhalts, die Erhöhung der Ungleichheit, die Verringerung der kulturellen Vielfalt und die Belastung der Umwelt – infolge von Handel – prognostizierte. Auch die Demokratie wäre durch den Einzug transnationaler Konzerne in Gefahr geraten. Nach der Gemeinwohl-Prüfung stimmten 17 von 24 Ministern gegen den WTO-Beitritt. Bhutan ist bis heute freihandelsfrei.

Nach dem Beschluss der *Sustainable Development Goals* (SDGs) der Vereinten Nationen laufen aktuell diverse Bemühungen zu ihrer Operationalisierung. Die

Regierungen haben dadurch inzwischen mehrere Optionen zur Auswahl, welches Wohlfahrtsmaß sie anwenden könnten. Ihr Problem ist häufig, dass die Ministerien uneins sind. Beispielsweise sind die Umweltministerien offen für neue Wege, doch die Finanzministerien beharren auf dem Status quo. Für dieses Patt gäbe es in Demokratien eine einfache Lösung: *Let the people decide!*

6. Gemeinwohl-Produkt als demokratische Alternative

Um aus der Fülle der neuen Wohlstandsmaße und den sie zusammensetzenden Indikatoren ein a) allorts bekanntes, b) breit akzeptiertes und c) gut verständliches Instrument zu entwickeln – ein demokratisches Gemeinwohl-Produkt (GWP) –, könnte die Bevölkerung selbst in die Entwicklung eines solchen Instruments eingebunden werden. Eine zentrale Innovation der Gemeinwohl-Ökonomie (GWÖ) ist die Entwicklung eines partizipativen Prozesses, in dem die souveräne Bevölkerung ein Gemeinwohl-Produkt selbst entwickeln kann.¹⁷²

Doch der Reihe nach: Schritt eins könnte – als Hilfestellung – eine klare Definition von Wirtschaft bzw. deren Ziel sein. Ein Autor*innenteam der GWÖ hat in einem wissenschaftlichen Beitrag einen Vorschlag entwickelt: Wirtschaft ist und hat zum Ziel »die Befriedigung der (Grund-)Bedürfnisse lebender und zukünftiger Generationen innerhalb der ökologischen Grenzen des Planeten, auf Basis der verfassungsmäßigen demokratischen Grundwerte«. Kurz: das Gemeinwohl.¹⁷³

Neben diesem »Angebot« würden auch die vorgestellten innovativen Wohlfahrtsmaße und Indizes zur Inspiration dienen. Sodann könnten in einem Mehr-Runden-Verfahren GWP-Versammlungen zuerst auf kommunaler, dann regionaler und schließlich nationaler Ebene stattfinden. Auch die direkte Einberufung oder Organisation eines Bundeskonvents per Zufallslos ist denkbar. Solche Formate finden seit 2015, von Irland ausgehend, in immer mehr Ländern statt. In Deutschland wurde 2019 ein erster Bürger*innenrat zum Thema Demokratie abgehalten, 2020 folgte ein weiterer zu »Deutschlands Rolle in der Welt«, 2021 der dritte zum Thema Klimaschutz. Frankreich war bereits 2019 mit Klimaschutz an der Reihe, Österreich startet 2022.

Die Konventsmitglieder könnten eigene Vorschläge plus weitere aus der Bevölkerung (via *liquid democracy*) sammeln und daraus jene 20 Teilziele, welche die stärkste Unterstützung genießen, herausfiltern. Diese 20 »Finalisten« würden als Subziele in das zukünftige Gemeinwohl-Produkt eingehen. Eine Variante wäre,

dass je fünf Unterziele den Bereichen Ökologie, Soziales, Ökonomie und Kultur zugeordnet werden. Alle Ziele müssen der Befriedigung der Grundbedürfnisse und Sicherung der Grundwerte dienen – gemäß der optional verwendeten Definition von Wirtschaft.

Am Ende könnten Expert*innen die Teilziele mithilfe von z. B. zwei bis fünf Indikatoren operationalisieren. Hierbei sollte die Leitfrage sein: Wie kann die Erreichung des jeweiligen Teilziels am effektivsten gemessen werden? Damit wäre die Entwicklung des Gemeinwohl-Produkts sowohl im zeitlichen Verlauf (gegenüber dem Vorjahr) als auch internationalen (mit anderen Staaten) vergleichbar. Das Gemeinwohl-Produkt könnte auf einem bunten Dashboard sichtbar und für die Öffentlichkeit gut verfolgbar dargestellt werden – sowohl die Ergebnisse der Teilziele als auch, als mögliches Aggregat, in Form einer Gemeinwohlpunktezahl.

Eine methodische Variante, die ein Aggregat ermöglichen würde, ist die Indizierung. Zwischen dem niedrigsten aktuellen Niveau z. B. bei Beschäftigung, Treibhausgasemissionen oder Vertrauen und dem jeweiligen Zielwert – Vollbeschäftigung, Klimastabilität, Mordrate – könnte eine Skala von 100 Prozent oder 1.000 Promille aufgespannt und die jeweilige Position eines Landes in Bezug auf ein Teilziel ermittelt werden. Bei dynamischen Indikatoren wie der Lebenserwartung oder der Einkommensungleichheit könnte das jeweilige Spitzenreiterland mit 100 Prozent oder 1.000 Promille bewertet und die Skala von den Nachzüglern bis dorthin aufgespannt werden.

Nach dem Vorbild Bhutans könnte das GWP auch als Evaluierungsinstrument (*screening tool*) genutzt werden, mit dem Gesetzesvorhaben und andere politische Maßnahmen auf ihre Auswirkungen auf die wichtigsten Grundwerte und gesellschaftlichen Ziele hin geprüft werden. Ein solches Instrument käme einer Gemeinwohl-Prüfung für neue Gesetzesvorhaben gleich. Es stünde neben Gewaltenteilung und Grundrechten als weiterer Sicherheitsanker und Kompass für eine gemeinwohlorientierte Politik zur Verfügung.

Ein direktdemokratischer Prozess zum Gemeinwohl-Produkt wäre wünschenswert und aus demokratiepolitischer Sicht die Optimalvariante. Dennoch könnte in einem alternativen Prozess die erste Version des Gemeinwohl-Produkts von den Mitgliedern des Parlaments entwickelt und in der Folge von den Bürger*innen weiterentwickelt werden. Letzter Schritt ist die Abstimmung des entwickelten Gemeinwohl-Produkts in einer verbindlichen Volksabstimmung. Auf dieser Basis könnte das Gemeinwohl-Produkt als demokratisches Wohlfahrtsmaß in den Verfassungen verankert werden – unter den Staatszielen.

Ein demokratisch komponiertes Gemeinwohl-Produkt wäre nicht nur eine Übergangsbrücke von einer kapitalistischen in eine Gemeinwohl-Ökonomie, sondern zudem eine sehr effektive Maßnahme gegen die Ohnmachtsgefühle und Politikverdrossenheit, welche die gegenwärtige »Postdemokratie« kennzeichnen.

7. Ableitung von analogen Erfolgsmessinstrumenten für die Mikroebene

Ein demokratisch sauber definiertes Gemeinwohl-Produkt hätte den weiteren Vorteil, dass Instrumente zur Messung der ethischen Verantwortung von Unternehmen und Investitionen davon vergleichsweise einfach abgeleitet werden könnten. Unternehmen und Investitionsprojekte könnten darauf hin geprüft werden, was sie zur Erreichung der 20 Teilziele des GWP beitragen. Je nach Erreichungsgrad könnten sie dafür ein Score erhalten und in Summe ein »Gemeinwohlbilanzergebnis«¹⁷⁴. Je höher dieses wäre, desto geringer könnten die Steuern ausfallen, die von entsprechenden Firmen erhoben würden, desto günstigere Finanzierung könnten sie erhalten; sie könnten Vorrang im öffentlichen Einkauf und in der Wirtschaftsförderung erhalten, wodurch der gegenwärtige Wettbewerbsnachteil klimafreundlicher, nachhaltiger und verantwortlicher Wirtschaftspraktiken in einen Vorteil umschlagen würde. Das Externalisieren von Nutzen würde sich lohnen, das Externalisieren von Kosten in die Insolvenz führen: Nach der Übergangsphase wären nur noch umfassend ethisch verantwortliche Investitionen und Unternehmen rentabel. Die Gemeinwohl-Ökonomie bahnt diesen Weg seit 2010 von Österreich, Bayern und Norditalien aus international. In Deutschland wäre es die Umsetzung von Artikel 14 des Grundgesetzes, dem zufolge »Eigentum zugleich dem Wohl der Allgemeinheit dienen soll«. Das Gesamtmodell der GWÖ würde Art. 151 der Bayerischen Verfassung umsetzen: »Die gesamte wirtschaftliche Tätigkeit dient dem Gemeinwohl.«